

PLENUM 2024



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Mehr Bildung durch mehr Startchancen

GABRIELA HEINRICH:

Ruanda muss auch 30 Jahre später eine Warnung bleiben

JAN PLOBNER:

Meilentein: Bundestag stimmt für Selbstbestimmungsgesetz

CARSTEN TRÄGER:

Uli Grötsch ist erster Polizeibeauftragter des Bundes

MARTINA STAMM-FIBICH:

Erde aus dem Wahlkreis für den Bundestag

Mehr Bildung durch mehr Startchancen

Alle drei Jahre gibt es bei uns wieder einen Pisa-Schock. Beim internationalen Schulvergleichstest des "Programme for International Student Assessment" schneiden die deutschen Schüler_innen eher mau ab. Die Ampel handelt!

Es ist nicht von der Hand zu weisen: Im internationalen Vergleich sind die Lese-, Schreib- und Mathekompetenzen von deutschen Schülerinnen und Schülern nicht die besten. Studien weisen darauf hin, dass das Bildungsniveau der Eltern deutlich mit den Bildungschancen der Kinder zusammenhängt. Folge: Viele eigentlich begabte Kinder bleiben zurück.

Die Ampel möchte das Problem angehen. Ein Koalitions-Antrag würdigt und bekräftigt jetzt das Startchancen-Programm der Bundesregierung: 4000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler sollen gestärkt werden (davon in Bayern 580 Schulen). 60 Prozent der ausgewählten Schulen sollen Grundschulen sein.

20 Milliarden Euro fließen nach und nach ab August 2024 – die Hälfte vom Bund, die Hälfte von den Ländern. Obwohl eigentlich die Länder zuständig sind, stoßen wir mit der Ampel kräftige Investitionen in die Schulen an!

Das Startchancen-Programm basiert auf drei Säulen:



Das Startchancen-Programm ist ein echter Paradigmenwechsel in der bildungspolitischen Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Ab August 2024 fließen nach und nach 20 Milliarden Euro in die schulische Bildung.

- Schaffung zeitgemäßer Lernorte – dabei geht es nicht nur um Beton, sondern ausdrücklich um lernförderlichere Infrastruktur und Ausstattung
- Chancenbudget zur freien Verfügung für die Schulen, um die Schul- und Unterrichtsentwicklung voranzutreiben.
- Mehr multiprofessionelles Personal (z.B. Sozialpädagog_innen).

Unser Vorhaben bedeutet einen echten Paradigmenwechsel in der bildungspolitischen Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Bei der Auswahl der geförderten Schulen werden der Anteil von Migrationshintergrund und die Armutsgefährdungsquote der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt. Die Investitionen sollen helfen, wo

der Bedarf am größten ist. Die Mittelzuweisung erfolgt zielgerichtet und evidenzbasiert nach sozialen Kriterien und nicht mehr nach Steueraufkommen und Bevölkerungszahl.

Das Programm steht in einer langen Tradition der SPD. Vor über 20 Jahren haben wir mit dem Ganztagschulprogramm mit einem Volumen von vier Milliarden Euro die Bundesinvestitionen in Schulen begonnen. Seit 2017 läuft das Schulsanierungsprogramm im Umfang von 3,5 Milliarden Euro. Auch der 2019 gestartete Digitalpakt Schule mit 6,5 Milliarden Euro ist weiter aktiv. Und 2023 Jahr hat die Ampel das neue Investitionsprogramm Ganztagsausbau gestartet – mit 3,5 Milliarden Euro für Infrastruktur und Ausstattung.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Ruanda muss auch 30 Jahre später eine Warnung bleiben

Vor 30 Jahren mussten in Ruanda fast eine Million Menschen sterben. Sie starben auch deshalb, weil die Internationale Gemeinschaft weggeschaut hat. Viel hat sich seither getan, nicht nur in Ruanda.

Vor ziemlich genau zehn Jahren habe ich meine zweite Rede vor dem Deutschen Bundestag gehalten. Anlass: Gedenken an den Völkermord in Ruanda von 1994. Jetzt gedachte der Bundestag während einer vereinbarten Debatte erneut des Massakers an den Tutsi. In nur 100 Tagen, von April bis Juli 1994, ermordeten Mitglieder der Bevölkerungsgruppe der Hutu eine Million Tutsi und gemäßigte Hutu. In der Nacht vom 6. April 1994 wurde das Flugzeug des ruandischen Präsidenten Juvénal Habyarimana abgeschossen, danach begann das Morden.

Berichte und Warnungen im Vorfeld wurden von der internationalen Staatengemeinschaft nicht ernstgenommen. Nicht nur die deutsche Botschaft hat damals versagt. Die Friedenstruppe UNAMIR wurde verkleinert statt vergrößert, als der Genozid schon in vollen Gange war. Die Welt tat den Völkermord erst als „Stammeskrieg“ ab. Unfassbare Grausamkeiten, Morde, Vergewaltigungen vollzogen sich, ohne dass jemand etwas dagegen tat.

Während meiner politischen Arbeit in den letzten zehn Jahren hat mich dieser Völkermord immer wieder beschäf-



Gabriela Heinrich wird immer wieder mit dem Völkermord in Ruanda aus dem Jahr 1994 konfrontiert. Die internationale Staatengemeinschaft hat aus ihrem Versagen gelernt.

F: Tobias Koch/Deutscher Bundestag

tigt. Die internationale Politik hat aus dem Versagen der Staatengemeinschaft gelernt: Die Norm der Schutzverantwortung der Vereinten Nationen ist eine Folge des Völkermords in Ruanda. Im Polit-Sprech heißt sie R2P – Responsibility to Protect. Wenn Staaten nicht in der Lage oder nicht willens sind, ihre Bevölkerung zu schützen, muss die internationale Staatengemeinschaft reagieren und diese Verantwortung übernehmen.

Viel ist seit 1994 in Ruanda passiert. Es gab viele, auch erfolgreiche, Bemühungen um Bestrafung und Aufarbeitung, aber auch um Versöhnung. Schon im November 1994 nahm der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda (ICTR) im Auftrag des UN-Sicherheitsrats seine Arbeit auf. In

Ruanda selbst befassten sich die sogenannten Gacaca-Gerichte, das sind traditionelle Gemeindeggerichte, mit den Gräueln. Eine Nationale Einheits- und Versöhnungskommission hat in Ruanda sogenannte „Versöhnungsdörfer“ eingerichtet, unzählige Gedenkstätten sind übers Land verteilt.

Ruanda muss uns auch nach 30 Jahren noch immer eine Warnung sein, nicht wegzuschauen, sondern unsere Verantwortung wahrzunehmen. In fragilen Staaten und bei drohenden ethnischen oder religiösen Konflikten müssen wir zudem einen Beitrag leisten, damit Konflikte gar nicht erst eskalieren. Mit Diplomatie, nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit und Programmen wie dem Zivilen Friedensdienst.



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ jan.plobner@bundestag.de

☎ 030 - 227 71 577

🌐 www.jan-plobner.de

📘 facebook.com/janplobner.5

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Meilenstein: Bundestag stimmt für Selbstbestimmungsgesetz

Die Verabschiedung des Selbstbestimmungsgesetzes markiert einen bedeutenden Meilenstein in der Geschichte der staatlichen Anerkennung von Identität. Wir haben dafür gesorgt, endgültig eine Zeit hinter uns zu lassen, in der Menschen extreme Maßnahmen wie Ehescheidungen oder gar Sterilisationen auf sich nehmen mussten, um ihre Identität in Ausweisdokumenten korrekt angeben zu können.

Dieser Beschluss bedeutet auch das Ende einer Zeit, in der Menschen gezwungen waren, eine psychische Störung zu diagnostizieren, um ihren Personenstandseintrag ändern zu können. Stattdessen wird die Korrektur von Namen und Geschlechtseintrag nun zu einem Verwaltungsakt, vergleichbar mit der Schließung einer Ehe.

Als Repräsentant*innen der Bürger*innen haben wir die Verpflichtung, Unrecht zu beseitigen und den Rechtsstaat zu stärken. Das gilt insbesondere, wenn dieses Unrecht vom Staat ausgeht. Und selbst wenn es nur einen einzigen Menschen beträfe, müssen wir Verletzungen der Menschenwürde anerkennen und beseitigen. Es ist die Verantwortung einer Regierung, grundlegende Menschenrechte zu achten und zu schützen.

Das Selbstbestimmungsgesetz ist ein enorm wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung für trans*, inter



und non-binäre Menschen. Insgesamt markiert dieser Beschluss einen Wendepunkt in der Geschichte der staatlichen Anerkennung von Identität und zeigt, dass die Regierung ihre Verpflichtung, grundlegende Menschenrechte zu achten und zu schützen, ernst nimmt. Die Anerkennung und Respektierung der Vielfalt und Selbstbestimmung jedes Einzelnen sind Eckpfeiler einer gerechten und inklusiven Gesellschaft, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, sein Leben in Würde und Freiheit zu führen.

Niemandem wird durch das Selbstbestimmungsgesetz etwas weggenommen. Und dennoch werden die Auswirkungen dieses Beschlusses für viele Menschen und ihr alltägliches Leben weitreichend sein. Wir wollen mit dem SBGG nicht nur erreichen, dass das Leben der direkt Betroffenen erleichtert und verbessert wird, sondern auch ein besseres Verständ-

nis und eine größere Akzeptanz von Vielfalt und Individualität in der Gesellschaft schaffen. Doch unsere Aufgabe ist damit nicht beendet. Wir wollen weiter Vorurteile und Diskriminierung gegenüber trans*, inter und non-binären Menschen abbauen und eine Umgebung schaffen, in der sich jeder Mensch frei entfalten kann, unabhängig von Geschlecht, Geschlechtsidentität oder der eigenen Individualität.

Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: Es wird mir insbesondere als Standesbeamter eine große Freude sein, dieses Gesetz anzuwenden. Es wird mich mit Freude erfüllen, diesen Verwaltungsakt zu vollziehen und dabei immer wieder Menschen zu sehen, denen Selbstverständliches nicht mehr vorenthalten wird. Menschen, die ab Einführung des Gesetzes endlich ohne Gerichtsverfahren und entwürdigende Gutachten die sein können, die sie sind.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Uli Grötsch ist erster Polizei- beauftragter des Bundes

Der Deutsche Bundestag hat erstmals das Amt eines Polizeibeauftragten des Bundes als sein Hilfsorgan eingerichtet und damit ein ähnliches Amt geschaffen wie das bereits seit langem bestehende der Wehrbeauftragten. Unser bisheriger SPD-Abgeordneter aus Weiden, Uli Grötsch, wurde in das neue Amt gewählt.

Bereits seit längerem haben wir im Deutschen Bundestag über die Einführung des Amtes eines Polizeibeauftragten des Bundes beim Deutschen Bundestag gesprochen. Im Januar haben wir das entsprechende Gesetz beschlossen, und im März folgte nun die erste Wahl.

Der Polizeibeauftragte wird vom Bundestag für eine fünfjährige Amtszeit gewählt, eine einmalige Wiederwahl ist zulässig.

Der Polizeibeauftragte soll Ansprechpartner für Beschäftigte der Bundespolizei, des Bundeskriminalamtes und der Bundestagspolizei sein, aber auch für Bürgerinnen und Bürger, die von polizeilichem Fehlverhalten betroffen sind. Er ist in der Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

Mit dem neuen Amt haben wir erstmals eine unabhängige Stelle außerhalb der behördlichen Strukturen der Polizeien des Bundes eingerichtet, die Fehlverhalten beziehungsweise strukturelle Missstände weisungsungebunden untersuchen und bewerten kann. Diese neue niedrigschwellige Möglichkeit schließt die Lücke zu bereits bestehenden behördeninternen Verwaltungsermittlungen, den Mög-



lichkeiten des Disziplinar- und Arbeitsrechts und des Gerichtsweges. Er kann auf Basis von Eingaben, aber auch aus eigener Initiative tätig werden und wird jährlich einen Bericht über die Ergebnisse seiner Tätigkeit vorlegen.

Mit Uli Grötsch haben wir eine hervorragende Besetzung für dieses neue Amt gefunden. Er war 19 Jahre bayerischer Polizeibeamter, bevor er 2013 in den Bundestag gewählt wurde. Im Parlament war er über 10 Jahre

lang für unsere Fraktion im Innenausschuss zuständig für Polizeithemen und bis letztes Jahr auch gewähltes Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums der Nachrichtendienste.

Jede und jeder kann sich direkt an den Polizeibeauftragten wenden, Beschäftigte der Polizeien des Bundes auch ohne Einhaltung des Dienstweges. Am einfachsten per E-Mail an polizeibeauftragter@bundestag.de. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Uli in diesem neuen Amt.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Ohne Badehose zum Wannsee

Bereits die zweite Besuchergruppe in diesem Jahr war zu Gast in der Hauptstadt. Besonders gut kam die Diskussionsrunde im Verteidigungsministerium an, gefolgt vom Klassiker: Dem Besuch einer Plenarsitzung im Reichstag mit anschließender Debatte mit mir. Mit dem Bus ging es noch raus zum schönen Wannsee, nicht zum Baden, sondern zum Haus der Wannseekonferenz, bevor der Blick im Futurium in die Zukunft gerichtet wurde. Am Freitag nach drei Tagen ging es wieder zurück in den Wahlkreis.



Erde aus dem Wahlkreis für den Reichstag

Für die Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis gab es vergangene Woche eine Premiere: Gemeinsam besuchten wir im Reichstag die Kunstaktion "Der Bevölkerung", die es seit September 2000 gibt. Das Projekt vom Künstler Hans Haake lädt alle Abgeordneten ein, Erde aus ihrem Wahlkreis mitzubringen, um diese in einem Beet im nördlichen Lichthof des Reichstagsgebäudes „einzupflanzen“.

Dort entsteht seit Beginn des Kunstwerks ein wildes Biotop, durch das sich der namensgebende Schriftzug „DER BEVÖLKERUNG“ zieht. „Über das Kunstwerk wurde vor der Einführung heftig diskutiert. Es wurde



Martina Stamm-Fibich befüllt das Kunstwerk "Der Bevölkerung" mit Erde aus Heroldsberg. Abends wird die Beleuchtung eingeschaltet, eine Webcam verfolgt das Wachstum.



teilweise als Angriff auf die Würde des Hauses gesehen oder es wurden wegen der Erdanbringung Vergleiche zur Blut- und Bodenideologie des NS-Regimes gezogen“, so die Vertreterin. Die Befürworter des Projekts appellierten an die Kunstfreiheit. Eine

namentliche Abstimmung im Plenum mit knapper Mehrheit ging zugunsten des Kunstprojekts aus. Heute zählt es zu den beliebtesten Werken im Haus. Und ich durfte ein Kilo Heimateerde aus dem Wahlkreis verteilen. www.derbevoelkerung.de